

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 06-76 "Schallermoos IV"

I. Prüfung der Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 2 BauGB

II. Prüfung der Stellungnahmen gem. § 3 Abs. 2 BauGB

III. Billigungsbeschluss

Gremium:	Bausenat	Öffentlichkeitsstatus:	öffentlich
Tagesordnungspunkt:	14	Zuständigkeit:	Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung
Sitzungsdatum:	24.09.2021	Stadt Landshut, den	13.09.2021
Sitzungsnummer:	22	Ersteller:	Grünwald, Anita

Vormerkung:

Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 20.04.2021 bis einschl. 09.07.2021 und berührter Behörden sowie sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 20.04.2021 bis einschl. 28.05.2021 zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 06-76 „Schallermoos IV“ vom 27.11.2020“ i.d.F. vom 24.03.2021:

I. Prüfung der Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 2 BauGB

Im Rahmen des Verfahrens nach § 4 Abs. 2 BauGB wurden, mit Terminstellung zum 28.05.2021, insgesamt 43 berührte Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange beteiligt. 21 berührte Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange haben eine Stellungnahme abgegeben.

1. Ohne Anregungen haben 3 berührte Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange Kenntnis genommen:

1.1 Stadt Landshut, Amt für Umwelt, Klima und Naturschutz
mit Mail vom 03.05.2021

1.2 Stadt Landshut, SG Geoinformation und Vermessung
mit Schreiben vom 28.05.2021

1.3 Bauamtliche Betriebe
mit Schreiben vom 08.07.2021

Beschluss:

Von den ohne Anregungen eingegangenen Stellungnahmen der vorgenannten berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wird Kenntnis genommen.

2. Anregungen haben 18 berührte Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange vorgebracht:

2.1 Regierung von Oberbayern, Luftamt Südbayern
mit E-Mail vom 20.04.2021

Vor dem Vorgang werden keine luftrechtlichen Belange berührt. Wir erheben daher keine Einwendungen.

Beschluss:

Von der zustimmenden Stellungnahme wird Kenntnis genommen.

2.2 Regierung von Oberbayern, Bergamt Südbayern
mit E-Mail vom 22.04.2021

Gegen den Erlass des Bebauungsplanes Nr. 06-76 „Schallermoos IV“ bestehen aus bergrechtlicher Sicht keine Einwendungen.

Beschluss:

Von der zustimmenden Stellungnahme wird Kenntnis genommen.

2.3 Landratsamt Landshut - Gesundheitsamt
mit Schreiben vom 23.04.2021

Keine Einwände aus hygienischer Sicht.

Beschluss:

Von der positiven Stellungnahme wird Kenntnis genommen.

2.4 Regierung von Niederbayern, Gewerbeaufsichtsamt
mit Schreiben vom 23.04.2021

Sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen:

Vom Gewerbeaufsichtsamt der Regierung von Niederbayern wahrzunehmende öffentliche Belange werden von oben angeführter Planung nicht berührt.

Es bestehen deshalb keine Einwände.

Hinweis:

Gemäß den Angaben im Bebauungsplan Nr. 06-76 „Schallermoos IV“ (Stand zur Auslegung) wurde von der Stadt Landshut das Thema „Fundmunition“ bereits abgehandelt. Entsprechende Hinweise zu vorsorglicher Nachsuche sowie auf das „Merkblatt über Fundmunition“ des Bayerischen Staatsministeriums des Inneren wurden in die Begründung zum Bebauungsplan (Seite 25) aufgenommen.

Somit erfolgt bezüglich Kampfmittel (Fundmunition) kein sachlicher Hinweis von Seiten des Gewerbeaufsichtsamtes der Regierung von Niederbayern.

Beschluss:

Von der Stellungnahme wird Kenntnis genommen.

2.5 Stadt Landshut, Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung mit E-Mail vom 28.04.2021

die Planungsgrundlage entspricht, soweit ersichtlich, dem aktuellen Katasterstand. Den Umfangsgrenzen liegt ein exakter Zahlennachweis zu Grunde.

Bei der Erschließung der Baugrundstücke/Gebäude sollten - ggf. in Absprache mit Netzbetreibern (z. B. Telekom) - bereits Leerrohre (Speedpipes) eingebracht werden, um die Gebäude mit zukunftsfähiger Breitbandtechnik FTTB/FTTH versorgen zu können. Ein entsprechender Hinweis wäre evtl. hilfreich: "Um das Gebiet mit Breitbandtechnik versorgen zu können, sind bereits bei der Erschließung entsprechende Leerrohre (speedpipes) vorzusehen."

Seitens des Amts für Digitalisierung, Breitband und Vermessung Landshut bestehen keine weiteren Anregungen.

Beschluss:

Von der Stellungnahme wird Kenntnis genommen.

Der Hinweis wird entsprechend der Stellungnahme in die textlichen Hinweise Nr. 11 „Leitungsanlagen“ und in der Begründung Nr. 4.5.2 übernommen.

2.6 Stadt Landshut, Bauamtliche Betriebe mit Mail vom 04.05.2021

Sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen:

Abfallentsorgung

4.5.3 Die Bereitstellungsfläche für die Abfallbehälter / Abfälle am Abhol-/Entleerungstag ist im Plan nicht angegeben.

Die maximale Wegstrecke zwischen Abfallbehälter und der nächsten mit Sammelfahrzeug befahrbaren Straße beträgt 15m.

Beschluss:

Von der Stellungnahme wird Kenntnis genommen.

Die Bereitstellungsfläche für die Abfallbehälter wird im nachfolgenden Freiflächengestaltungsplan konkret dargestellt. Sie ist innerhalb der Fläche für Gemeinbedarf und innerhalb der Baugrenzen vorgesehen. In die Begründung wird ein Hinweis zur maximalen Wegstrecke für die Müllabholung aufgenommen.

2.7 Staatliches Bauamt Landshut mit Schreiben vom 10.05.2021 und mit Schreiben vom 08.06.2021

Von Seiten des Staatlichen Bauamts Landshut bestehen keine Einwände. Es ist jedoch Punkt 2.5. zu beachten.

Sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen:

Wir weisen darauf hin, dass das Plangebiet in unmittelbarer Nähe einer stark befahrenen Straße liegt. Es ist mit erheblichen Emissionen zu rechnen (Lärm, Staub usw.) Ansprüche irgendwelcher Art gegenüber dem Straßenbaulastträger können diesbezüglich nicht geltend gemacht werden. Die Kosten für evtl. notwendige Lärmschutzmaßnahmen sind nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz von der Gemeinde zu tragen.

Beschluss:

Von der Stellungnahme wird Kenntnis genommen.

Auf die Verkehrsimmissionen wurde in der Begründung hinreichend hingewiesen. Zudem wurden Schallgutachter frühzeitig in die Planung eingebunden. Die Verlängerung der bestehenden Lärmschutzwand wurde aufgrund des Schallschutzgutachtens festgesetzt. Weiterhin wurde in der Begründung auf die Kostenübernahme nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz bereits hingewiesen.

2.8 Freiwillige Feuerwehr, Landshut
mit E-Mail vom 11.05.2021

Sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen:

Die Belange der Feuerwehr wurden Sitzungsniederschrift vom 24.03.2021 unter Punkt 2.2. berücksichtigt.

Beschluss:

Von der positiven Stellungnahme wird Kenntnis genommen.

2.9 Bayernwerk Netz, Netzbau Altdorf
mit E-Mail vom 16.05.2021

Gegen das Planungsvorhaben bestehen von unserer Seite keine Einwände. Im Geltungsbereich befinden sich keine von uns betriebenen Anlagen, welche für das Vorhaben relevant sind. Wir bedanken uns für die Beteiligung am Verfahren und bitten Sie, uns bei weiteren Verfahrensschritten zu beteiligen.

Beschluss:

Von der zustimmenden Stellungnahme wird Kenntnis genommen.

Der Bitte um eine Beteiligung am weiteren Verfahren wird nachgekommen.

2.10 Stadtwerke Landshut, Netze
mit E-Mail vom 17.05.2021

Die Stadtwerke Landshut nehmen wie folgt zu o.g. Bebauungsplan Stellung:

Netzbetrieb Gas & Wasser / Fernwärme / Abwasser / Verkehrsbetrieb

Es bestehen keine Einwände.

Netzbetrieb Strom

Im nordöstlichen Zufahrtsbereich zu den geplanten Parkplätzen auf dem Gelände befindet sich aktuell ein Kabelverteilerschrank bzw. Hausanschlusssäule. Hier ist im Vorfeld mit den Stadtwerken Landshut Kontakt aufzunehmen und die Stilllegung zu beantragen. Für den neuen Hausanschluss ist die Umsetzung ebenfalls frühzeitig mit den Stadtwerken Landshut abzustimmen um die genannte Leistung zur Verfügung stellen zu können.

Beschluss:

Von der Stellungnahme wird Kenntnis genommen.

In Hinweise durch Text Nr. 11 „Leitungsanlagen“ wird auf die vorhandenen Leitungsanlagen hingewiesen und der der Begründung ergänzt. Zuständig für die rechtzeitige Abstimmung ist das Amt für Gebäudewirtschaft, das über die Anforderung informiert wurde.

2.11 Amt für Finanzen, SG Steueramt und Anliegerleistungen
mit E-Mail vom 18.05.2021

Zu dem vorgenannten Bebauungsplanverfahren wird wie folgt Stellung genommen:

Der zur besseren fußläufigen Durchquerung des Planungsgebiets geplante Fuß- und Radweg von Norden nach Süden befindet sich im Besitz der Josef Filsermayrschen St. Jodokstift.

Für die beiden betroffenen Flurnummern 1089/0 und 1089/2 der Gemarkung Schönbrunn wurde seitens der Stadt Landshut ein Erbbaurechtsvertrag (Laufzeit bis 31.10.2084) geschlossen. Zu prüfen ist, ob die Anlegung des o.g. Fuß- und Radweges von der Zweckbestimmung des Erbbaurechtsvertrages abgedeckt ist. Sollte dies nicht der Fall sein, so ist der Fuß- und Radweg als Eigentümerweg auszuweisen. Dies würde die Zustimmung des Eigentümers erfordern, der auch die Straßenbaulast zu tragen hätte. Zudem wird darauf hingewiesen, dass sich eine Teilfläche des Fuß- und Radweges auf Fl.Nr. 1091/5 der Gemarkung Schönbrunn im Eigentum der Bundesstraßenverwaltung befindet. Diese Teilfläche müsste demnach als Eigentümerweg gewidmet werden (Straßenbaulast trägt die Bundesstraßenverwaltung) oder alternativ von der Stadt Landshut erworben werden (Festsetzung im Bebauungsplan wie bisher). Kommen diese beiden Alternativen nicht in Betracht, so muss ein anderer Wegeverlauf angedacht werden. Erschließungsrechtlich gibt es keine Auswirkungen. Ansonsten besteht mit der Planung Einverständnis.

Beschluss:

Von der Stellungnahme wird Kenntnis genommen.

Der geplante Fuß- und Radweg stellt eine wichtige Erschließung für die Schüler dar. Somit ist die Zweckbestimmung im Erbbaurechtsvertrag §3 Abs 2 Satz 2 "der nicht bebaute Teil des Grundstücks darf nur für Anlagen verwendet werden, die dem Zweck des Bauwerks dienen" erfüllt.

Der geplante Fuß- und Radweg wird in seiner Wegeführung so geändert, dass die Flur-Nr. 1091/5 nicht mehr beansprucht wird.

2.12 Regierung von Niederbayern, Sachgebiet Raumordnung, Landes- und Regionalplanung
mit E-Mail vom 21.05.2021

Die Stadt Landshut beabsichtigt die Aufstellung eines Bebauungsplanes 06-76 „Schallermoos IV“, um die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für den Bau einer Grundschule mit Ganztagesbetreuung zu schaffen.

Die höhere Landesplanungsbehörde hat bereits im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB zu dieser Planung Stellung genommen (Schreiben vom 18.02.2021). Darin wurde auf die Lage des Plangebietes am Rande des FFH-Gebietes „Leiten der Unteren Isar“ bzw. des Landschaftsschutzgebietes „Isar-Hangleiten zwischen B 299 und Schweinbachtal“ hingewiesen. In diesem Zusammenhang

wurde betont, dass der Stellungnahme der unteren Naturschutzbehörde besonderes Gewicht beizumessen ist.

Wie der Sitzungs-Niederschrift des Bausenats vom 24.03.2021 entnommen werden kann, wurden die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie die Eingriffsregelung frühzeitig mit der Unteren Naturschutzbehörde abgestimmt. Die Anregung der UNB zur Festsetzung der geplanten Bäume als zu pflanzende Bäume wird nachgekommen. Erfordernisse der Raumordnung stehen dieser Planung damit nicht mehr entgegen.

Hinweis:

Wir bitten darum, uns nach Inkrafttreten von Bauleitplänen bzw. städtebaulichen Satzungen eine Endausfertigung sowohl auf Papier als auch in digitaler Form (z. B. als PDF, TIFF, JPEG oder auch Vektordaten) mit Angabe des Rechtskräftigkeitsdatums (Datum der Bekanntmachung) zukommen zu lassen. Für die Übermittlung der digitalen Daten verwenden Sie bitte die E-Mail-Adresse bauleitplanung@reg-nb.bayern.de oder eine andere digitale Form (z. B. Download-Link zu einem eigenen Netzspeicherort). Wird das Verfahren eingestellt, so bitten wir ebenfalls um eine entsprechende Mitteilung.

mit E-Mail vom 23.06.2021

Die Stadt Landshut beabsichtigt die Aufstellung eines Bebauungsplanes 06-76 „Schallermoos IV“, um die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für den Bau einer Grundschule mit Ganztagesbetreuung zu schaffen.

Die höhere Landesplanungsbehörde hat bereits mit Schreiben vom 18.02.2021 und 21.05.2021 zu dieser Planung Stellung genommen. Darin wurde auf die Lage des Plangebietes am Rand des FFH-Gebietes „Leiten der Unteren Isar“ bzw. des Landschaftsschutzgebietes „Isar-Hangleiten zwischen B 299 und Schweinbachtal“ hingewiesen. In diesem Zusammenhang wurde betont, dass der Stellungnahme der unteren Naturschutzbehörde besonderes Gewicht beizumessen ist.

Wie der Sitzungs-Niederschrift des Bausenats vom 24.03.2021 entnommen werden kann, wurden die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie die Eingriffsregelung frühzeitig mit der Unteren Naturschutzbehörde abgestimmt. Die Anregung der UNB zur Festsetzung der geplanten Bäume als zu pflanzende Bäume wird nachgekommen.

Erfordernisse der Raumordnung stehen dieser Planung damit nicht mehr entgegen.

Hinweis:

Wir bitten darum, uns nach Inkrafttreten von Bauleitplänen bzw. städtebaulichen Satzungen eine Endausfertigung sowohl auf Papier als auch in digitaler Form (z. B. als PDF, TIFF, JPEG oder auch Vektordaten) mit Angabe des Rechtskräftigkeitsdatums (Datum der Bekanntmachung) zukommen zu lassen. Für die Übermittlung der digitalen Daten verwenden Sie bitte die E-Mail-Adresse bauleitplanung@reg-nb.bayern.de oder eine andere digitale Form (z. B. Download-Link zu einem eigenen Netzspeicherort). Wird das Verfahren eingestellt, so bitten wir ebenfalls um eine entsprechende Mitteilung.

Beschluss:

Von der zustimmenden Stellungnahme wird Kenntnis genommen.

Der Bitte um eine Endausfertigung wird nach Inkrafttreten des Bauleitplanes nachgekommen.

2.13 Stadt Landshut, Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
mit E-Mail vom 21.05.2021

Sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen:

Bereich Landwirtschaft:

Wir bitten darum, folgenden Hinweis in den textlichen Festsetzungen zum Bebauungsplan aufzunehmen:

Immissionsschutz: Zeitweise auftretende Lärm-, Geruchs- und Staubemissionen, z.T. auch nachts und an Sonn- und Feiertagen im Zuge der ortsüblichen Landbewirtschaftung können nicht ausgeschlossen werden und sind zu tolerieren.

Bereich Forsten

Von forstlicher Seite besteht Einverständnis mit dem geplanten Vorhaben.

Beschluss:

Von der Stellungnahme wird Kenntnis genommen.

Der o.g. Hinweis, dass Immissionen aus der Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen zu dulden sind, wird im Plan unter den textlichen Hinweisen Nr. 12 und in der Begründung Nr. 8.3 berücksichtigt.

2.14 Regionaler Planungsverband Landshut

mit E-Mail vom 25.05.2021 und mit E-Mail vom 24.06.2021

Die Stadt Landshut beabsichtigt die Aufstellung eines Bebauungsplanes 06-76 „Schallermoos IV“, um die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für den Bau einer Grundschule mit Ganztagesbetreuung zu schaffen. Von Seiten des Regionalen Planungsverbandes Landshut bestehen keine Bedenken gegen die vorgelegte Planung.

Beschluss:

Von der positiven Stellungnahme wird Kenntnis genommen.

2.15 Vodafone GmbH, Nürnberg

mit E-Mail vom 26.05.2021 mit E-Mail vom 05.07.2021

Eine Ausbauentcheidung trifft Vodafone nach internen Wirtschaftlichkeitskriterien. Dazu erfolgt eine Bewertung entsprechend Ihrer Anfrage zu einem Neubaugebiet. Bei Interesse setzen Sie sich bitte mit dem Team Neubaugebiete in Verbindung:

Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH
Neubaugebiete KMU
Südwestpark 15
90449 Nürnberg
Neubaugebiete.de@vodafone.com

Bitte legen Sie einen Erschließungsplan des Gebietes Ihrer Kostenanfrage bei.

Weiterführende Dokumente:

- [Kabelschutzanweisung Vodafone GmbH](#)
- [Kabelschutzanweisung Vodafone Deutschland GmbH](#)
- [Zeichenerklärung Vodafone GmbH](#)
- [Zeichenerklärung Vodafone Deutschland GmbH](#)

Im Planbereich befinden sich Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens, deren Lage auf den beiliegenden Bestandsplänen dargestellt ist. Wir weisen darauf hin, dass unsere Anlagen bei der Bauausführung zu schützen bzw. zu sichern sind, nicht überbaut

und vorhandene Überdeckungen nicht verringert werden dürfen.

Sollte eine Umverlegung oder Baufeldfreimachung unserer Telekommunikationsanlagen erforderlich werden, benötigen wir mindestens drei Monate vor Baubeginn Ihren Auftrag an TDR-S-Bayern.de@vodafone.com, um eine Planung und Bauvorbereitung zu veranlassen sowie die notwendigen Arbeiten durchführen zu können.

Wir weisen Sie ebenfalls darauf hin, dass uns ggf. (z.B. bei städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen) die durch den Ersatz oder die Verlegung unserer Telekommunikationsanlagen entstehenden Kosten nach § 150 (1) BauGB zu erstatten sind.

Beschluss:

Von der Stellungnahme wird Kenntnis genommen.

Die Fachstelle erkennt aber, dass sie als sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 BauGB verpflichtet ist, Aufschluss über beabsichtigte oder bereits eingeleitete Planungen oder sonstige Maßnahmen sowie deren zeitliche Abwicklung zu geben, die für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung des Gebiets bedeutsam sein können. Sie hat Informationen, die für die Ermittlung und Bewertung des Abwägungsmaterials zweckdienlich sind – und dazu gehören zweifelsfrei Auskünfte über den vorhandenen Leitungsbestand – zur Verfügung zu stellen.

In den Hinweisen durch Text Nr. 11 „Leitungsanlagen“ wird auf die vorhandenen Telekommunikationsanlagen verwiesen.

2.16 Wasserwirtschaftsamt Landshut mit E-Mail vom 29.05.2021

mit Schreiben vom 16.04.2021 bitten Sie das Wasserwirtschaftsamt Landshut als Träger öffentlicher Belange um Stellungnahme in o.g. Verfahren.

Niederschlagswasserbeseitigung:

Für die Niederschlagswasserbeseitigung ist ein Wasserrechtsverfahren notwendig. Der Antrag ist beim Amt für Umwelt-, Klima- und Naturschutz der Stadt Landshut zu stellen. Da es noch Fragen zur Niederschlagswasserbeseitigung gibt, sollte das Konzept rechtzeitig mit dem Wasserwirtschaftsamt Landshut abgestimmt werden.

Versiegelung von Flächen:

Es sollten nur Flächen versiegelt werden, wo dies anders nicht möglich ist. Die Parkflächen könnten z.B. mit Rasengittersteinen ausgebildet werden, um den Grad der Versiegelung zu minimieren. Wir begrüßen Maßnahmen, wie z.B. die Dachbegrünung.

Ansonsten besteht mit der Aufstellung des Bebauungsplanes aus wasserwirtschaftlicher Sicht Einverständnis.

Beschluss:

Von der Stellungnahme wird Kenntnis genommen.

In die Begründung wird ein Hinweis zum erforderlichen Wasserrechtsverfahren aufgenommen. Das für das Konzept zur Niederschlagswasserbeseitigung zuständige Amt für Gebäudewirtschaft wurde über die Anforderung informiert.

Wasserdurchlässige Beläge für Verkehrsflächen sind, soweit andere gesetzliche Vorschriften nicht entgegenstehen, unter Nr. 3 festgesetzt und im Kapitel 4.5.1 der Begründung erläutert.

2.17 Stadt Landshut, Tiefbauamt mit Schreiben vom 10.06.2021

zum o.g. Vorhaben gibt es seitens des Tiefbauamtes folgende Anmerkungen:

1) Wasserwirtschaft

Die Hochwassersituation im Zusammenhang mit Starkregenereignissen ist abzuklären (Beteiligte: Wasserwirtschaftsamt, Tiefbauamt, Staatliches Bauamt, Stadtwerke).

2) Straßenbau

Die Fuß- und Radweganbindung erfolgt in einem kleinen Teilstück über ein Grundstück des Freistaats Bayern. Dies ist mit dem Grundstückseigentümer abzustimmen oder der Weg ist entsprechend zu verlegen.

3) Verkehr - keine Äußerung!

Beschluss:

Von der Stellungnahme wird Kenntnis genommen.

zu 1) Wasserwirtschaft

Entsprechend dem integralen Konzept zum kommunalen Sturzflut-Risikomanagement und der „weiterführenden Untersuchung – Sturzflutrisikomanagementkonzept – Fahrradweg B 299“ von Dr. Blasy und Dr. Øverland – Beratende Ingenieure GmbH & Co. KG vom 23.07.2021 wird eine neue textliche Festsetzung zur Schaffung von 600 m³ zusätzlichen Retentionsvolumens für den Fall eines Starkregenereignisses getroffen. Als weitere Maßnahme zum Schutz der geplanten Grundschule gegen das wild abfließende Wasser wird die Errichtung einer Geländekante (Mauer bzw. Wall) entlang des Fuß- und Radweges im Südosten des Geltungsbereichs gemäß den Vorgaben des Gutachtens dargestellt. Der Geltungsbereich des Bebauungsplans wird dementsprechend erweitert. Weitere Maßnahmen des Gutachtens (Durchlassvergrößerung, Einleitungsbauwerk etc.) werden in die Objektplanung verschoben und deswegen nur in der Begründung beschrieben. Die Verschiebung ist zulässig, da die Maßnahmen von der Stadt Landshut selbst ausgeführt werden und somit die Umsetzung gesichert ist. Das Gutachten wird zum nächsten Verfahrensschritt ausgelegt.

zu 2) Straßenbau

Der geplante Fuß- und Radweg wird in seiner Wegeführung geändert, so dass die Flur-Nr. 1091/5 nicht mehr beansprucht wird.

2.18 Deutsche Telekom Technik GmbH, Wasserburg mit E-Mail vom 22.07.2021

Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) – als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o.g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:

Im Geltungsbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom, die durch die geplanten Baumaßnahmen möglicherweise berührt werden (siehe Bestandsplan in der Anlage - dieser dient nur der Information und verliert nach 14 Tagen seine Gültigkeit). Wir bitten Sie, bei der Planung und Bauausführung darauf zu achten, dass diese Linien nicht verändert werden müssen bzw. beschädigt werden.

Hinsichtlich geplanter Baumpflanzungen ist das "Merkblatt Bäume, unterirdische Leitungen und Kanäle" der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Ausgabe 2013 - siehe hier u. a. Abschnitt 6 - zu beachten. Wir bitten sicherzustellen, dass durch Baumpflanzungen der Bau, die Unterhaltung und Erweiterung der Telekommunikationslinien nicht behindert werden.

Wir bitten unsere verspätet abgegebene Stellungnahme zu entschuldigen.

Beschluss:

Von der Stellungnahme wird Kenntnis genommen.

Im Hinweis Nr. 11 „Leitungsanlagen“ wird auf die vorhandenen Telekommunikationsanlagen verwiesen. Der Verweis auf das genannte Merkblatt wird ergänzt. Zuständig für die rechtzeitige Abstimmung ist das Amt für Gebäudewirtschaft, das über die Anforderung informiert wurde.

II. Prüfung der Stellungnahmen gem. § 3 Abs. 2 BauGB

Im Rahmen der gem. § 3 Abs. 2 BauGB durchgeführten Beteiligung der Öffentlichkeit sind folgende Äußerungen vorgebracht worden:

1. Lutz Abel Rechtsanwalt PartG mit E-Mail u. Schreiben vom 19.05.2021

In vorbezeichneter Angelegenheit ist Ihnen bekannt, dass Frau [REDACTED], 84036 Landshut, Frau [REDACTED], 86971 Peiting sowie Frau [REDACTED] und Herr [REDACTED], 84036 Landshut, von unserer Kanzlei vertreten werden. Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 06-76 „Schallermoos IV“ vom 24.03.2021 liegt derzeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich zur Einsicht aus. Namens und im Auftrag unserer Mandantschaft geben wir hierzu folgende Stellungnahme:

1. Im Vergleich zum zuletzt ausliegenden Planentwurf ist der nunmehr ausliegende Entwurf des Bebauungsplans nicht bzw. nicht wesentlich verändert worden. Die von uns zuletzt vorgetragenen Einwendungen bzgl. alternativer Trassenführungen sind von der Stadt Landshut nicht aufgegriffen worden. Vor diesem Hintergrund halten wir ausdrücklich an den mit Schreiben vom 22.01.2021 erhobenen Einwendungen fest.
2. In Hinblick auf den Beschluss der Stadt Landshut vom 24.03.2021 erlauben wir uns weiter darauf hinzuweisen, dass es sich bei dem im Plan dargestellten Weg nach den Angaben der Stadt Landshut nicht um einen Weg handelt, der Teil der öffentlichen Grünfläche ist. Dem steht die von der Stadt Landshut selbst angegebene Nutzung entgegen.

Davon abgesehen scheint sich die Stadt Landshut bezüglich der Wegeführung durch den offenbar bereits im Jahr 2016 durchgeführten Architektenwettbewerb festgelegt zu haben. Unsers Erachtens hat die Stadt Landshut eine alternative Trassenführung zuletzt nicht mehr ernsthaft geprüft. Sofern die Stadt Landshut davon ausgeht, dass ohne die konkret geplante Wegeführung das Planungsgebiet eine fußläufige Barriere darstelle, ist dem entgegenzutreten:

Unzutreffend ist zum einen, dass die Durchwegung nicht über die Pausenhof-, Sport- und Parkplatzflächen geführt werden könne. Ausweislich der Festsetzungen gen handelt es sich bei der im Osten geplanten Flächen für Sport- und Spielanlagen um sportlichen Zwecken dienende Einrichtungen und sozialen Zwecken dienende Einrichtungen. Der Bereich wird daher der Öffentlichkeit zugänglich sein. Dies

bestätigt die textliche Festsetzung zum Immissionsschutz Ziffer 2.2 wonach auch eine außerschulische Nutzung der Sportanlagen zulässig ist. Vor diesem Hintergrund ist nicht nachvollziehbar, weshalb die Durchwegung nicht in diesem Bereich geführt werden kann.

Nicht nachvollziehbar ist zum anderen die Behauptung der Stadt Landshut, dass die von uns angeregte Wegeführung östlich der Sport- und Spielanlagen nicht möglich sei, weil der Weg dann durch den FFH-Korridor verlaufen müsste, was nicht zulässig sei. Das FFH-Gebiet schließt östlich an das Plangebiet an. Das FFH-Gebiet liegt auf dem Grundstück FINr. 1114/15 und nicht auf den vom Plangebiet umfassten Grundstücken mit den FINrn. 1089 und 1089/2.



3. Davon abgesehen ließen sich die privaten Belange unserer Mandantschaft nur dadurch schützen, dass der Bereich zwischen den Grundstücken FINrn. 1093/1, 1093 und 1090/6 und dem geplanten Weg hinreichend eingefriedet wird. Diese Möglichkeit sieht der ausliegende Planentwurf bislang nicht vor. Die beabsichtigten Strauchpflanzungen sorgen nicht dafür, dass die Grundstücke unserer Mandantschaft vor Lärmbeeinträchtigungen und visuellen Beeinträchtigungen hinreichend geschützt werden. Ein ausreichender Schutz setzt voraus, dass zum einen eine durchgängige Bepflanzung im Grenzbereich festgesetzt und auch verwirklicht wird. Zum anderen muss unserer Mandantschaft die Möglichkeit eingeräumt werden, auf ihren Grundstücken im Grenzbereich eine hinreichend hohe Einfriedung (Mauer) errichten zu können. Dies ist nach dem derzeit maßgebenden Bebauungsplan für die Grundstücke unserer Mandantschaft nicht zulässig.

Beschluss:

Von der Stellungnahme wird Kenntnis genommen.

zu 1.

Die vorgetragene Einwendung vom 22.01.2021 wurde in der Bausenatssitzung vom 24.03.2021 ausreichend gewürdigt; die Abwägung bezüglich möglicher alternativer Trassenführungen des Weges wurde ordnungsgemäß durchgeführt. Dementsprechend wurde einstimmig beschlossen, den geplanten Trassenverlauf des Fuß- und Radweges an der bereits im Grundsatzbeschluss vorgesehenen Stelle im Wesentlichen zu belassen.

zu 2.

Die geplanten Flächen für Sport- und Spielanlagen sowie die den sportlichen und sozialen Zwecken dienende Einrichtungen werden der Öffentlichkeit nicht regelmäßig und dauerhaft, sondern nur beschränkt, z.B. über Vereine und in der Regel ausschließlich zur Tageszeit zugänglich gemacht.

Die als Ausgleichsfläche gekennzeichnete Fläche bedarf des besonderen Schutzes als Pufferzone zum FFH-Gebiet. Durch die Ausgleichsfläche werden unter anderem bestehende naturschutzfachlich wertvolle Quellbereiche gesichert. Diese bilden zusammen mit dem Hangwald einen wichtigen Lebensraumkomplex. Hier sind neben feuchtigkeitsliebenden Pflanzen vor allem Amphibien, die am Hangfuß Laichplätze und in den Wäldern Sommer- und Überwinterungslebensräume finden, anzutreffen. Auch zahlreiche, teilweise streng geschützte oder gefährdete Vogelarten finden am Hangfuß Nistplätze und Nahrungshabitate vor. Ein Fuß- und Radweg in der Nähe würde unerwünschte Nährstoffeinträge und Störungen verursachen. In Vorabstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde sind hier zudem Retentionsmulden für das Niederschlagswasser aus den Gemeinbedarfsflächen nahezu ausgeschlossen. Ausnahmsweise darf eine geringflächige Retentionsflächenverbindung zur Gefahrenabwehr bei Sturzflut modelliert werden. Weitere Mulden werden in der südöstlichen Ausgleichsfläche seitens der Unteren Naturschutzbehörde nicht akzeptiert. Die Retentionsmulden außerhalb des FFH-Gebiets-Pufferstreifens können aus den o.g. Gründen nicht weiter hinausgeschoben werden. Gemäß dem integralen Konzept zum kommunalen Sturzflut-Risikomanagement und der „weiterführenden Untersuchung – Sturzflutrisikomanagementkonzept – Fahrradweg B 299“ von Dr. Blasy und Dr. Øverland – Beratende Ingenieure GmbH & Co. KG vom 23.07.2021 sind diese Retentionsflächen zur Gefahrenabwehr bei einem Starkregenereignis aber erforderlich.

zu 3.

Zum Schutz der Privatsphäre der östlich anschließenden Wohnbebauung wird ein Anpflanzgebot mit dicht zu pflanzenden Sträuchern (Hecken) in den Lücken der bestehenden und zu erhaltenden Hecken festgesetzt.

Die Beschränkung des rechtskräftigen Bebauungsplans, in dem eine „Einfriedung höchstens 1m über Straßen- bzw. Gehsteigoberkante Holzlatten- oder Hanichelzaun, straßenseitig zulässig“ ist, betrifft nicht die Grundstücksgrenze zur Grundschule. Hier ist es, nach Abstimmung mit dem Amt für Bauaufsicht der Stadt Landshut, durchaus möglich entlang der Grundstücksgrenze zur Grundschule eine gemäß BayBO Art. 57, Nr. 7 a

zulässige Einfriedung von 2m Höhe zu errichten, die einen hinreichenden Schutz der Privatsphäre gewährleistet.

2. Lutz Abel Rechtsanwalt PartG mit E-Mail vom 07.07.2021

In vorstehend näher bezeichneter Angelegenheit ist der Stadt Landshut bekannt, dass Frau [REDACTED], 84036 Landshut, Frau [REDACTED], 86971 Peiting, sowie Frau [REDACTED] und Herr [REDACTED], 84036 Landshut, von unserer Kanzlei vertreten werden.

Der Entwurf der Bebauungsplans Nr. 06-76 „Schallermoos IV“ vom 24.03.2021 liegt derzeit gem.§ 3 Abs. 2 BauGB erneut öffentlich zur Einsicht aus.

Namens und im Auftrag unserer Mandantschaft geben wir hierzu folgende Stellungnahme ab:

1. An den mit Schreiben vom 22.01.2021 und 19.05.2021 erhobenen Einwendungen wird ausdrücklich festgehalten.
2. Ergänzend hierzu teilen wir mit, dass es in letzter Zeit wieder vermehrt zu Lärmbeeinträchtigungen der Grundstücke unserer Mandantschaft durch Personen gekommen ist, die sich zu den späten Abendstunden bzw. zur Nachtzeit in der Nähe der Unterführung der Bundesstraße 299 aufgehalten haben. Unsere Mandantschaft befürchtet, dass es durch die von der Stadt Landshut geplante Trassierung und das Heranrücken des Rakocziweg an die Grundstücke unserer Mandantschaft zu einer erheblichen Zunahme der bereits bestehenden Beeinträchtigungen kommen wird. Diese Beeinträchtigungen werden sich effektiv nicht verhindern lassen. Vor diesem Hintergrund fordern wir die Stadt Landshut nochmals dazu auf, alternative Trassenführungen betreffend den Fuß- und Radweg zu prüfen. Sofern der Fuß- und Radweg verlegt werden kann, erklärt sich unsere Mandantschaft mit der Nutzung des nördlichen Bereichs der derzeit geplanten Trasse als Anlieferzone für die wohl bereits geplante Mensa und dem insofern anfallenden Lkw-Verkehr ausdrücklich einverstanden.

Beschluss:

Von der Stellungnahme wird Kenntnis genommen.

zu 1.

Die vorgetragene Einwendung vom 22.01.2021 wurde in der Bausenatssitzung vom 24.03.2021 ausreichend gewürdigt; die Abwägung bezüglich möglicher alternativer Trassenführungen des Weges wurde ordnungsgemäß durchgeführt. Dementsprechend wurde einstimmig beschlossen, den geplanten Trassenverlauf des Fuß- und Radweges an der bereits im Grundsatzbeschluss vorgesehenen Stelle im Wesentlichen zu belassen. Die Einwendungen aus dem Schreiben vom 19.05.2021 wurden im dortigen Zusammenhang behandelt.

zu 2.

Die aktuell festgestellten Lärmbeeinträchtigungen aus dem Umfeld der Bundesstraße und bestehenden Rakocziweg werden sich durch die geplante Lärmschutzwand deutlich verbessern. Durch weitere Maßnahmen wie die festgesetzte abschirmende Bepflanzung lassen sich die Beeinträchtigungen weiter mindern. Eine alternative Trassenführung des geplanten Fuß- und Radweges ist aus den bereits genannten Gründen nicht sinnvoll und würde auch aufgrund des längeren Weges nicht genutzt werden. Die als Fuß- und Radweg vorgesehene Trasse müsste als Erschließung für die Feuerwehr ohnehin als Fahrspur angelegt werden und stellt die kürzeste Verbindung vom Racocziweg zur nördlich angrenzenden Wohnbebauung und Mittelschule Schönbrunn dar, wodurch sich voraussichtlich eine tatsächliche Nutzung auch ohne entsprechende Festsetzung

einstellen würde. Eine Bündelung von Erschließungsanlagen ist zudem in Hinblick auf eine flächensparende Planung folgerichtig.

III. Billigungsbeschluss

Der Bebauungsplan Nr. 06-76 „Schallermoos IV“ vom 27.11.2020 i.d.F. vom 24.09.2021 wird in der Fassung gebilligt, die er durch die Behandlung der Äußerungen berührter Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB und durch die Behandlung der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB erfahren hat.

Der Bebauungsplan mit eingearbeitetem Grünordnungsplan und textlichen Festsetzungen auf dem Plan sowie die Begründung und der Umweltbericht vom 24.09.2021 sind Gegenstand dieses Beschlusses.

Nachdem durch die Änderung des Entwurfes des Bebauungsplanes Nr. 06-76 „Schallermoos IV“ die Grundzüge der Planung nicht berührt werden, wird gemäß § 4a Abs. 3 Satz 3 BauGB für die erneute Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit sowie die erneute Beteiligung berührter Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange die Frist zur Stellungnahme auf zwei Wochen verkürzt.

Beschluss:

Anlagen:

Anlage 1 – Plangeheft

Anlage 2 - Begründung

Anlage 3 – Umweltbericht

Anlage 4 – Relevanzprüfung saP

Anlage 5 – Sturzflutmanagement – ergänzende Untersuchung zum Fahrradweg B299

Anlage 6 – Fachstellenliste (nicht-öffentlich)